

## **3.2 Politische Mitbestimmung/Wahlrecht**

### **3.2.1 Politische Partizipation**

Möglichkeiten der politischen Partizipation für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben - unabhängig von der Staatsangehörigkeit - gehören zu den elementaren Bestandteilen des demokratischen Staatswesens.

Nicht erst seit der Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürgerinnen und Bürger und der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, mit steigenden Einbürgerungszahlen, zeigt sich deutlich, wie wichtig die Frage der politischen Partizipation durch die Gewährung und Inanspruchnahme des Wahlrechts für den Integrationsprozess ist. Politische Wahrnehmung und politisches Handeln steigen überproportional, wenn der Kreis der Begünstigten auch als Wähler zur Verfügung steht.

Integration braucht politische und gesellschaftliche Teilhabe. Politische Partizipation ist zum einen ein Grundpfeiler des demokratischen Gesellschaftssystems. Zum anderen ist das Recht auf politische Beteiligung ein entscheidendes Element gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und für Gleichberechtigung und Gleichbehandlung.

Die individuelle Partizipationsbereitschaft reicht allein jedoch nicht aus. Auch das gesellschaftliche Umfeld muss bestimmte Voraussetzungen erfüllen. In Hessen sollen daher die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Bürgerschaftliches Engagement von und mit Menschen mit Migrationshintergrund und deren gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen in den unterschiedlichsten Bereichen des sozialen und politischen Lebens sind deshalb zu unterstützen und zu fördern, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Die agah sprach sich im Berichtszeitraum für die Stärkung und Förderung von Selbstorganisationen der Migrant/innen aus. Dies soll u.a. geschehen durch ein Landesprogramm zur Förderung und Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen, u.a. Förderung von professionellen Strukturen, z.B. Qualifizierungsreihe zum Vereinsma-

nagement und Organisationsentwicklung, Förderung der Bildungsarbeit in den Migrantengemeinschaften, die Verankerung der Vernetzung von Migrantengemeinschaften mit anderen Vereinen, Verbänden und Organisationen sowie deren interkulturelle Öffnung als Förderkriterium in den Landesprogrammen. Einrichtung und Förderung einer regelmäßig tagenden „Migrantengemeinschaftenplattform“ in Kooperation mit der agah, zu der alle landesweit arbeitenden Migrantengemeinschaften geladen werden.

Ferner warb die agah für eine Kampagne (s.u.) und eine Bundesratsinitiative zur Einführung des Kommunalen Wahlrechts auch für Drittstaatsangehörige, da Integration ein Mindestmaß an Identifikation voraussetzt. Das Wahlrecht jedoch ist eine Voraussetzung für die Identifikation der Menschen mit Migrationshintergrund mit dem Land und ihre Integration.

Des Weiteren sprach sich die agah für die Erweiterung der Beteiligungsrechte in der Hessischen Gemeindeordnung auf alle Einwohner/innen, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten ihren Hauptwohnsitz in der Gemeinde haben, aus. Diese Forderung resultiert daraus, dass die in der HGO vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten sich bisher auf wahlberechtigte Einwohner beschränken und somit alle Nichtwahlberechtigten von der aktiven Teilnahme am kommunalpolitischen Geschehen ausschließen. Durch die Einführung beispielsweise von Einwohnerversammlungen, Einwohnerbegehren und -entscheiden kann die Teilnahme von Menschen mit Migrationshintergrund jedoch gestärkt werden.

Fragen der politischen Beteiligung und Mitbestimmung waren deshalb auch 2006 bis 2009 wichtige Bestandteile unserer Arbeit und gewannen vor dem Hintergrund zahlreicher Wahlen (Hessische Landtagswahlen am 27.01.2008 und 18.01.2009, Europawahl am 07.06.2009, Bundestagswahl am 27.09.2009) an Bedeutung. Sei es in den im Bericht erwähnten Diskussionen mit Landespolitiker/innen, oder im Rahmen von Veranstaltungen: Die Notwendigkeit der politischen Mitbestimmung und die Frage des Wahlrechts gehört nach wie vor zu den thematischen Dauerbrennern.

Den Höhepunkt der Aktivitäten bildete eine bereits zu Beginn des Jahres 2007 ihren Anfang nehmende Kampagne zum „Kommunal-

wahlrecht für Alle“. Initialzündung hierfür waren zum einen entsprechende Initiativen anderer Landesverbände der Ausländerbeiräte und zum anderen eine Äußerung der Frankfurter Oberbürgermeisterin, Frau Petra Roth, die eine ebensolche Forderung im Februar 2007 bekräftigte und sich für das Wahlrecht für alle Ausländer aussprach. In einer Pressemitteilung vom 05.02.2007 sprach die agah von einem „Frankfurter Hoffnungszeichen“ und verlangte eine konzertierte Aktion aller Bürgermeister Hessens und der Kommunalen Spitzenverbände, damit die Voraussetzungen geschaffen werden, die zu einem neuen, erweiterten Kommunalwahlrecht führen könnten. Begründet wurde dieses Ansinnen aus prinzipiellen und demokratietheoretischen Erwägungen (s.o.). Es muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass sich der Hessische Ministerpräsident auf der agah-Plenarsitzung am 25.11.2006 noch klar ablehnend zu einer Änderung des Kommunalwahlrechts geäußert hatte und hieran auch im weiteren Verlauf des Berichtszeitraumes festhielt.

Zum damaligen Zeitpunkt wusste noch keiner der Beteiligten, dass dies den Startschuss für eine breitangelegte, erfolgreiche und langanhaltende Aktion bedeuten sollte. Diese wurde jedoch zunächst von den agah-Delegierten durch den Plenarbeschluss-Nr. 07002 vom 03.03.2007 legitimiert. Weitere Beschlüsse zum Themenkomplex „Kommunalwahlrecht“ tragen die Nummern 07009 und 07010 und wurden jeweils einstimmig auf der agah-Plenarsitzung am 09.06.2007 verabschiedet. Ein weiterer Beschluss wurde auf der agah-Plenarsitzung am 30.08.2008 gefasst und trägt die Nummer 08019. Ferner kam es unter der Nummer 08021 am 15.11.2008 zu einer erneuten Beschlussfassung im Rahmen einer agah-Delegiertenversammlung.

Gemeinsam mit dem Dachverband der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz (AgARP) und anderen Institutionen und Verbänden (z.B. DGB, Interkultureller Rat, Hessischer Jugendring, Liga der Freien Wohlfahrtspflege etc.) fungierte die agah als Mitinitiatorin der Kampagne namens „Demokratie braucht jede Stimme! Kommunales Wahlrecht für Alle“. Mit ihr sollte neben einer allgemeinen Bewusstseinsmachung auch die notwendige Grundgesetzänderung angestrebt werden. Zudem sollten die kommunalen Ausländerbeiräte dazu animiert werden, innerhalb ihrer Kommune entsprechende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung oder der Gemeindevertretung zu

initiieren.

Bevor jedoch die Kampagne am 06.03.2009 mit einer Pressekonferenz auf dem Rhein offiziell gestartet werden konnte, bedurfte es zahlreicher Vorbereitungstreffen und Arbeitsgespräche unter den involvierten Organisationen. Neben der inhaltlichen Konzeptionierung musste auch die Finanzierung der Kampagne geklärt werden. Als sich abzeichnete, dass entsprechende Gelder von den Trägern der Kampagne bereitgestellt wurden, konnte der Abstimmungsprozess über das „Gesicht“ und die Materialien der Kampagne erfolgen. In Zusammenarbeit mit einem Grafikbüro wurde ein einheitliches Erscheinungsbild der Kampagne kreiert (eine Brücke aus Kieselsteinen) und das Layout der Druckerzeugnisse entworfen.

Folgende Materialien stand zur werblichen und informativen Kampagnenbegleitung zur Auswahl:

- Broschüre, 20 Seiten, DIN A5
- Flyer, 2-seitig, DIN A4
- Unterschriftenlisten, 2-seitig, DIN A4
- Plakate, DIN A 3 und DIN A 2
- Spanntransparente aus PVC

Der Versand dieser Produkte erfolgte ab Anfang 2009 durch die agah-Geschäftsstelle und war mit dem Ende dieses Berichtszeitraumes noch nicht abgeschlossen.

Neben den Materialien wurde auch eine eigene Homepage ([www.kommunales-wahlrecht.de](http://www.kommunales-wahlrecht.de)) ins Leben gerufen, die sich hoher Zugriffszahlen erfreute. Über diese Homepage war es interessierten Personen auch möglich, online eine Unterstützungsunterschrift zu leisten und/oder die Materialien zu bestellen.

Innerhalb des Jahres 2009 gingen mehr als 2500 Unterschriften durch postalisch zurückgesandte Unterschriftenlisten in der agah-Geschäftsstelle ein. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten und wird dem nächsten Jahresbericht zu entnehmen sein. Bezüglich der Frage, wie mit den zahlreichen Unterstützungsunterschriften weiter verfahren werden sollte, gab es innerhalb des Jahres 2009 noch keine klares Bild. Möglicherweise werden sie öffentlichkeitswirksam den

Berliner Politikern übergeben.

Erfreulich stimmte im Zusammenhang mit der Kampagne aber auch eine andere Tatsache: Es gab einige Ausländerbeiräte, die versuchten, entsprechende Beschlüsse oder Resolutionen der Stadtverordnetenversammlung, der Gemeindevertretung oder des Kreistages herbeizuführen. Dazu gehören unter anderem folgende Orte:

Langen  
Landkreis Offenbach  
Heuchelheim  
Rüsselsheim  
Fulda  
Hainburg  
Rodgau  
Bensheim  
Hanau  
Landkreis Kassel  
Marburg  
Kassel

Die Forderung nach Einführung des Kommunalwahlrechts für Drittstaater trug die agah auch immer wieder bei sich bietender Gelegenheit vor, wenn Politiker oder Minister ihre Gesprächspartner waren. So wurde beispielsweise Staatsminister Wagner beim Antrittsbesuch am 20.02.2007 mit der Forderung konfrontiert. Gleiches gilt für die Staatsminister Hahn (am 20.03.2007) oder Bouffier (20.04.2007).

Genauere Informationen zum Thema und zur Kampagne erhielten die Delegierten der agah u.a. auf der Hessentagsplenarsitzung am 06.07.2009 in Langenselbold, bei der Torsten Jäger vom Interkulturellen Rat Deutschland (ein Mitträger der Aktion) referierte und anschließend Rede und Antwort stand.

Politische Unterstützung erfuhr die Forderung nach Ausweitung des Kommunalwahlrechts durch die Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE. Von ihnen gingen entsprechende Parlamentsinitiativen zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften aus, die jedoch keine parlamentarische Mehrheit fanden. Für die agah bot sich in diesem Zusammenhang aber die Möglichkeit, ihre Position im

Rahmen der Beteiligung an Anhörungsverfahren und/oder durch die Abgabe schriftlicher Stellungnahmen den Parlamentariern und der interessierten Öffentlichkeit kundzutun (so am 18.10.2007, 07.11.2007 und 01.10.2008).

Gegen Ende des Berichtszeitraums, am 01.09.2009, lud der Trägerkreis der Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme - Kommunales Wahlrecht für Alle!“ zu einem Fachhearing nach Frankfurt am Main ein. Im dortigen Haus am Dom erörterten und diskutierten Verfassungsrechtler, Parteienvertreter und Mitglieder von Migrantenorganisationen die Thematik und suchten nach weiteren Möglichkeiten und Strategien, um eine entsprechende Grundgesetzänderung auf den Weg zu bringen. Da sich zum Ende des Berichtszeitraums keine Änderung des bestehenden Rechts abzeichnete, bleibt der agah dieses Tätigkeitsfeld auch über das Jahr 2009 hinaus noch erhalten.

### **3.2.2 Wahlen**

#### **3.2.2.1 Landtagswahlen 2008 und 2009**

Im Vorfeld der Landtagswahlen 2008 beschloss der Vorstand, sich diesmal mit einem umfangreichen integrationspolitischen Forderungskatalog an die für den Landtag kandidierenden Parteien zu wenden.

In mehreren Kleingruppen besteht aus Mitgliedern aus Vorstand und Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle wurde so in 2007 das „Aktionsprogramm Integration 2008 - 2013“ erarbeitet und zur Diskussion in das Plenum der agah gegeben, dass das Programm am 24.11.2007 nach eingehender Diskussion verabschiedete. Vereinbart wurde zudem, das Programm, welches in Kapitel 3.1 aus dokumentarischen Gründen in der Fassung Ende 2007 abgedruckt ist, in den kommenden Jahren ständig zu aktualisieren und nach Bedarf zu erweitern.

Das Programm wurde dann in einer vielbeachteten Pressekonferenz am 04. Januar 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Vorsitzende der agah, Yilmaz Memisoglu, betonte dabei die Notwendigkeit neuer Wege in der hessischen Integrationspolitik und empfahl gemeinsam mit seinem Stellvertreter, Corrado Di Benedetto, das Programm als Leitlinienkatalog für künftiges Regierungshandeln.

Parallel dazu wurde das Papier den politischen Parteien zugesandt und im Vorfeld der Wahl stattfindenden Gesprächen persönlich vorgestellt.

Zum Themenschwerpunkt wurde die Landtagswahl bereits auf der Plenarsitzung der agah am 24.11.2007. „Integration - Wie weiter in Hessen“ lautete die Diskussionsrunde im Frankfurter Römer, an der für die Hessische CDU, Sozialministerin Lautenschläger, für die SPD MdL Gernot Grumbach, für die FDP deren Landesvorsitzender Jörg-Uwe Hahn und für die Grünen MdL Jürgen Frömmrich teilnahmen und die integrationspolitischen Vorstellungen ihrer Parteien mit den Delegierten der agah diskutierten.

Am 5.12.2007 und am 23.01.2008 fanden zudem örtliche, von den Ausländerbeiräten Gießen und Rüsselsheim veranstaltete Diskussionen mit Kandidat/innen der Parteien statt. Hier war jeweils auch die agah mit einem Vorstandvertreter auf dem Podium vertreten.

In der heißen Phase des Landtagswahlkampfes, die u.a. durch eine Diskussion um kriminelle Jugendgewalt geprägt war, meldete sich die vielfach, beinahe täglich mit Pressemitteilungen und Interviews zu Wort (vergleiche dazu Kapitel 5.1).

Zudem unterstützte die agah öffentlich die Weigerung des Hessischen Rundfunks, einen menschenverachtenden Werbespot der NPD zur Landtagswahl auszustrahlen, prangerte das Verhalten des Landrates des Kreises Offenbach, eine Pressemitteilung des Kreisausländerbeirates zur Jugendgewalt kurz vor der Wahl zu veröffentlichen und begleitete die Wahl mit einem Aufruf zur Stimmabgabe am 24.01.2008.

Das Ergebnis der Wahl 2008 war mehrfach Gegenstand der Bewertung sowohl in den Treffen des Vorstandes als auch während der Plenarsitzung am 01.3.2008. Besonders enttäuscht zeigten sich die Delegierten, dass dieser Wahlkampf erneut von einer nicht wertfreien Diskussion über Migrant/innen und Integration geprägt war.

Zudem wurden in den folgenden Wochen und Monaten erneut mit fast allen Parteien Gespräche über den Ausgang der Wahl und die hessischen Perspektiven geführt (vergleiche dazu Kapitel 4.3 und 4.4). Gegenstand dieser Gespräche war u.a. auch die künftige struk-

turelle Ansiedlung des Themenbereichs Integration auf Landesebene. Der agah-Vorstand plädierte dabei, Integrationspolitik zukünftig organisatorisch-administrativ bei der Staatskanzlei anzusiedeln, da die Chancen der Installierung eines eigenständigen Integrationsministeriums eher niedrig eingeschätzt wurden.

Die landespolitischen Ereignisse des Jahres 2008, die in einer Neuwahl des Landtages Anfang 2009 mündeten, beschäftigten den agah-Vorstand im Verlauf des Jahres 2008 regelmäßig. Neben einer Bewertung der Koalitionsvereinbarungen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen prägte die Vorstandsarbeit in der zweiten Hälfte des Jahres vor allem die Aktualisierung und erneute Verbreitung der integrationspolitischen Vorstellungen der agah für ein künftiges Regierungshandeln. Erneut wurde mit einer Presseinformation am 15.01.2009 zur Beteiligung an der Landtagswahl geworben und der Ausgang der Wahl dann einer Bewertung unterzogen.

### **3.2.2.2 Sonstige Wahlen**

#### Kommunalwahlen 2006

Die Kommunalwahlen im März 2006 begleitete die agah u.a. mit einer Auswertung über die Zahl der gewählten Unionsbürger/innen. Hier musste einer starker Rückgang der Mandatsträger/innen aus EU-Staaten besonders im Bereich der Kreistage festgestellt werden.

#### Europawahl 2009

Die Bedeutung der Europawahl auch für Migrant/innen hervorzuheben und das Bewusstsein für die gewichtige Rolle europapolitischer Entscheidungen auch für die regionale Integrationspolitik zu stärken war Anliegen der agah in ihren Aktivitäten im Vorfeld der Europawahl im Juni 2009.

So regte die agah im Januar 2009 beim Landeswahlleiter an, entsprechende Informationen für EU-Bürger zu Europawahl zur Verfügung zu stellen. Zudem erstellte die agah einen eigenen Infolyer, der in einer Auflage von 10.000 Stück verteilt wurde. Die Ausländerbeiräte wurden aufgefordert, mit eigenen Aktionen die Wahl vor Ort zu unterstützen.



Die Wahl wurde ein Schwerpunkt der Präsentation der agah auf dem Hessentag 2009 in Langenselbold.

Bereits zuvor stand die Europawahl im Mittelpunkt der Plenarsitzung am 28. Februar 2009, wo im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Kandidat/innen für das Europäische Parlament und Parteivertretern politische Perspektiven der EU-weiten Migrations- und Asylpolitik kritisch erörtert wurden.

Weitere Bausteine der Kampagne zur EU-Wahl waren ein Fototermin mit dem Vorsitzenden der agah, der sich im März 2009 öffentlichkeitswirksam bei der Eintragung in das Wählerverzeichnis durch Medien begleiten ließ, sowie mehrere Interviews zur Wahl.

Vertreterinnen der agah nahmen zu dem an einer Reihe von Veranstaltungen zur Europawahl als Diskutanten, Grußwortredner oder als Gäste teil:

19.02.2009	„Mitreden über Europa“, Bürgerforum, Veranstalter: EP - Informationsbüro für Deutschland, Wiesbaden
01.05.2009	„Migration und Europawahl“, 1. Mai Kundgebung, Veranstalter: DGB, Wiesbaden
19.05.2009	„Europafest“, Veranstalter: CDU-Frankfurt, Frankfurt am Main
20.05.2009	„Für ein soziales Europa“, Internationales Bürgerfest, Veranstalter: SPD-Hessen Süd, Frankfurt am Main
30.05.2009	„Europafest“, Internationales Bürgerfest, Veranstalter: Ausländerbeiräte Weiterstadt, Darmstadt-Dieburg, DGB Kreisverband Darmstadt-Dieburg,

### **3.2.3 Ehrenamt/Bürgerbeteiligung**

Die ehrenamtliche Tätigkeit und Bürgerbeteiligung standen im Zeitraum 2006 - 2009 immer dann im besonderen Fokus der Öffentlichkeit, wenn insbesondere Politiker für ein verstärktes Engagement der Menschen warben. Für die agah war dieses Thema innerhalb der Verbandsarbeit jedoch von untergeordneter Bedeutung. Für die Vielzahl von Mitgliedern der kommunalen Ausländerbeiräte ist es ohnehin schon seit Jahren selbstverständlich, dass sie sich ehrenamtlich einbringen und engagieren. Sie müssten daher eher als Vorbild dienen und nicht als Adressat von Appellen, die stärkere gesellschaftliche Aktivität fordern.

Im Rahmen ihres Aktionsprogrammes sprach sich die agah für eine Informations- und Förderungskampagne über die Möglichkeiten der effizienten politischen Teilhabe und des bürgerschaftlichen Engagements in Hessen aus.

Durch

- das aktive und passive Wahlrecht für Unionsbürger/innen
- die aktive Mitarbeit in den politischen Parteien
- die Mitarbeit in den Ausländerbeiräten
- die Mitarbeit in ethnischen Organisationen
- die Mitarbeit in gemischt-ethnischen Organisationen

böte sich Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vielfältiger Raum für ehrenamtliches Engagement.

Das Land Hessen war im Berichtszeitraum bestrebt, aktiv für das Ehrenamt zu werben. Als kleiner Anreiz dient u.a. die sogenannte Ehrenamtskarte, die ihren Inhabern verschiedene Vergünstigungen einräumt (z.B. Kostenermäßigung beim Schwimmbadbesuch) und von den Städten und Landkreisen vergeben wird. Ein Ausländerbeiratsmitglied wandte sich Anfang 2008 an die agah und wollte wissen, ob auch Mitglieder von Ausländerbeiräten eine solche Ehrenamtskarte bekommen könnten. Mit Schreiben vom 16.01.2008 wurde ihm mitgeteilt, dass dies nicht möglich sei, da Mitglieder von Ausländerbeiräten

u.a. in der Regel eine Aufwandsentschädigung bekämen.

Im Rahmen eines Anhörungsverfahrens bezog die agah mit Schreiben vom 31.07.2008 Stellung zu einem Entwurf für ein Gesetz zur Stärkung der hessischen Kommunen und der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, den die SPD-Fraktion eingereicht hatte. Die damit angestrebten Vereinfachungen bei den Beteiligungsrechten auf kommunaler Ebene wurden seitens der agah grundsätzlich unterstützt. Die agah sprach sich in diesem Zusammenhang unter anderem für ein möglichst hohes Maß an plebiszitärer Partizipation aus und begrüßte die vorgesehenen Erleichterungen zur Einleitung entsprechender Bürgerbegehren. Besagter Gesetzentwurf nahm aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse jedoch nicht die weiteren parlamentarischen Hürden.